

Pompidou Politik

Angst vor der Zukunft

Von Klaus-Peter Schmid

Fünf Jahre lang verbarg Georges Pompidou ein 200-Seiten-Manuskript, das er zwischen Herbst 1968 und Frühjahr 1969 geschrieben hatte. Pariser Zeitungen hatten zwar berichtet, Pompidou habe den zeitweiligen Abschied von der politischen Verantwortung genutzt, um seine Gedanken zur französischen Politik zu Papier zu bringen. Doch der Präsident sträubte sich gegen die Veröffentlichung. Erst nach seinem Tod wurde „Der gordische Knoten“ publiziert: ein Buch ohne Enthüllungen und Sensationen. Auch von einem politischen oder philosophischen Testament des Staatsmannes Pompidou kann nicht die Rede sein. „Jahrelang habe ich mehr gehandelt als meditiert“, begründete Pompidou seine Skizzen zu neun Fragen der Gesellschaft. Offensichtlich wollte er sich über bestimmte Ereignisse und Entwicklungen klarwerden und schrieb deshalb, unter Ausschluss der Öffentlichkeit, seine Gedanken nieder.

Georges Pompidou: „Le noeud gordien“, Librairie Plon, Paris 1974; 205 S., Ffs 25,—.

Angelpunkt aller Überlegungen war für Pompidou der Mai 1968. Der Revolte der Studenten und Arbeiter stand der damalige Premierminister des Generals ziemlich ratlos gegenüber. Man weiß, daß er in den Tagen der Krise maßgebend und vermittelnd gewirkt hat, daß vor allem er ein Blutbad in den Straßen von Paris verhindert hat. Doch an seiner tiefen Verachtung für die Rebellen wider die öffentliche Ordnung ließ er keinen Zweifel. Was er über den Mai 1968 schrieb, zeigt die konservativen, undifferenzierten Wertmaßstäbe des späteren Staatspräsidenten. Hier sprach der Mann aus der Provinz, der Sohn aus einfachen Verhältnissen, der Musterschüler der elitären *Ecole Normale Supérieure*, der Bankier a. D. Er verstand nicht, wie sich politisch aktive Studenten vom Staat aushalten lassen können, während ihre Altersgenossen bereits im Berufs-



Pompidou und de Gaulle — Das Erbe des Generals ausbauen

Aufnahme: Candis

leben stehen. Wie kann man über die Konsumgesellschaft herziehen, ohne selbst auch nur einen Sous verdient zu haben?

Dem Auvergnaten Pompidou war auch die Pariser Bourgeoisie ein Greuel. Ausgerechnet sie mußte die aufmüpfigen Studenten unterstützen und dem General in den Rücken fallen. Und der Generalstreik? Er wurde nicht von Arbeitern, sondern von der Kommunistischen Partei und ihrem Gewerkschaftsabteiler CGT inszeniert. All das erklärte aber nicht, warum sich auch die Provinz auflehnte, warum Arbeiter und Bürger zu den Studenten überliefen, warum Staat und Wirtschaft schließlich zu großen Zugeständnissen bereit waren. Pompidou war überzeugt, daß eine gelangweilte Generation die Gesellschaft in Frage stellte. Ob nicht zehn Jahre Gaullismus mitschuldig an der Revolte waren, ob nicht lange verdeckte soziale Spannungen aufbrachen — all diese Fragen stellten sich für Pompidou offensichtlich nicht.

Auch in den beiden Skizzen über die Wirtschafts- und Sozialpolitik ist nichts zu finden, was auf neue Wege, neue Ideen hindeutet: „Die wirkliche Lösung liegt in der Expansion und im schnellen Wachsen des Volkseinkommens.“ Das war bereits Pompidous bekannte Devise: Wachstum über alles — ohne auf das Problem einzugehen, wer die Früchte des Wachstums ernten sollte.

Dabei traute er 1969 der französischen Wirtschaft noch nicht zu, was er ihr später als Ziel setzte: den deutschen Konkurrenten zu überholen. Er sah die Schwierigkeiten klar vor sich: übertriebener Hang zu staatlichen Kontrollen, mangelhafter Wettbewerbsgeist, fehlendes Marketing. Ohne rechte Zuversicht, enttäuscht, mißtrauisch gegenüber den Franzosen, stellte er seinem Volk ein schlechtes Zeugnis aus. Er klagte über den „tiefen Egozentrismus, die ständige Desolidarisierung“ der Franzosen, die „offensichtlich nicht zu regieren“ seien.

Für Pompidou, damals in der „Reserve der Nation“, gab es nur eine Folgerung: Die von de Gaulle 1958 geschaffenen politischen Institutionen mußten in Richtung auf ein stärkeres Präsidialsystem ausgebaut werden. Nach 1969, als Pompidou selbst im Elysée herrschte, hielt er sich an diese Devise. Der Premierminister wurde entmachtet, das Parlament erhielt die Funktion, die ihm im „Gordischen Knoten“ zugeteilt wurde: der Regierung die Möglichkeit zu bieten, der Mehrheit ihre Politik zu erläutern. Anders sei Frankreich eben nicht zu regieren.

Auch in dem Kapitel „Über die moderne Gesellschaft“ dominiert Skepsis, fast Angst vor der Zukunft; da taucht die Furcht vor der amerikanischen Hegemonie auf, die Sorge, USA und Sowjetunion könnten den Europäern ihre Vorstellungen von Gesellschaft, Individuum und Lebensstil aufzwingen. Da wird wieder der Verfall der alten Werte beklagt, an deren Stelle die Philosophie von der Verbesserung des Lebensstandards getreten ist.

So ist es im Grunde verwunderlich, daß Pompidou sich letztlich als Optimist definierte: „Bundeskanzler Adenauer fragte mich eines Tages, ob ich eine optimistische oder pessimistische Meinung über die Menschen habe. ‚Optimistisch‘, antwortete ich. ‚Sie haben unrecht, man muß pessimistisch sein.‘ Noch heute glaube ich das nicht.“ Der Optimist Pompidou zog seine Kraft vielleicht aus seinem Glauben. Denn dahinter stand offensichtlich die Überzeugung, daß Moral und Glaube eine Hilfe bieten, dem Leben einen Sinn zu geben.

Und wer wird den gordischen Knoten der gesellschaftlichen, moralischen und wirtschaftlichen Probleme des Frankreich von heute lösen? Die Antwort blieb offen. „Die Frage ist nur, ob dies im Rahmen demokratischer Disziplin geschieht, die die Bürgerrechte garantiert, oder ob irgend-einer starker, behelmer Mann wie Alexander sein Schwert zieht.“

Königreich Westfalen

Ruin eines Modells

Von Eckart Kleßmann

Trotz einiger Literatur über Napoleons Staatsschöpfung, genannt „Königreich Westfalen“, blieben wichtige Fragen bislang unbeantwortet. Napoleon hatte das *Royaume Westphalie* als Musterstaat konzipiert: Verfassung und Organisation, beide, nach französischem Muster, waren vorbildlich und ihrer Zeit weit voraus. Aber Napoleon hatte den Keim des Verderbens gleich miteingepflanzt, den Ruin des Modellstaats unwillentlich vorbereitet.

Diesen Widerspruch untersucht eine neue Publikation:

Helmut Berding: „Napoleonische Herrschafts- und Gesellschaftspolitik im Königreich Westfalen 1807—1813“; Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1973; 160 S., 28,— DM.

Napoleon pflegte seine Zufriedenheit mit tüchtigen Militärs in reichen Dotationen zu beweisen. Generale und Marschälle wurden mit ertragreichen Gütern beschenkt, die der Kaiser vornehmlich aus dem fast rein agrarisch strukturierten Königreich Westfalen nahm. „Kein Staat“, so Berding, „hat mehr unter den Folgen der Schenkungen gelitten“; seine Domänen dienten als Dotationsfundus und waren darum dem Staatsbudget entzogen. Hinzu kamen Kriegskontributionen und die Lasten der Besetzung und der Durchmärsche. Gerade der „kleine Mann“, dem die liberale Verfassung des neuen Staats mehr Freiheiten und Rechte gewährte, zahlte also die Zeche; die Folge waren zahlreiche Aufstände. Napoleon erkannte den Gegensatz, entschied sich aber dennoch für das Wohl Frankreichs — und damit auch für seinen persönlichen Vorteil.

Berding kann zu Recht behaupten: „Der Musterstaat war von vornherein eine Fehlkonstruktion.“ Der in Deutschland gern verspottete König Jérôme und seine Berater haben diesen Fehler genau gesehen, vergeblich protestiert und gewarnt.

Die Dotationen des Kaisers waren Teil seiner Gesellschaftspolitik — Integrierung eines Militär- und Verdienststads zu einer neuen herrschenden Klasse —, und diesem Ziel opferte er die Befreiung der ausgebeuteten westfälischen Bauern. Schon zwei Jahre nach seiner Gründung war der Modellstaat mit dem Vierfachen seiner jährlichen Staatseinkünfte verschuldet, und das beileibe nicht wegen der angeblichen Verschwendung Jérômes. Die napoleonische Politik mußte sich gegen die sozialreformerischen Konsequenzen jener Verfassungs- und Rechtsgrundsätze wenden, die sie selber aufgestellt hatte.

Die schonungsvolle Ausbeutung machte alle Fortschritte in der Verwaltung und Rechtspflege sofort zunichte. Die trostlose Ausweglosigkeit, die Berding darstellt, erinnert an die Schlüssigkeit einer Tragödie, was die knappe und gut formulierte Darstellung noch unterstreicht. (In Berdings Bibliographie habe ich nur die 1833 publizierten Memoiren F. K. v. Strombecks vermisst, der unter Jérôme Präsident des Appellationshofs in Celle war und in seinen Erinnerungen über die Verwaltung des Königreichs Westfalen berichtet.)

In Napoleons vorangehender Staatsgründung — dem Großherzogtum Berg — lagen die Dinge anders. In diesem industrialisierten Gebiet waren es nicht die Dotationen, sondern die Handels- und Zollpolitik Napoleons, die das Land ruinierten.

Adolf Klein / Justus Bockemühl (Hrsg.): „1770—1815. Weltgeschichte am Rhein erlebt. Erinnerungen des Rheinländers Christoph Wilhelm Heinrich Sethe aus der Zeit des europäischen Umbruchs“; Wienand Verlag, Köln 1973; 358 S., 32 Abb., 38,— DM.

Sethe, der so etwas wie das Amt eines Generalstaatsanwalts innehatte, erwähnt zwar auch das drückende französische Schutzollsystem und die Gesetze im Gefolge der Kontinentalsperre, die fast zur Vernichtung der bergischen Industrie führten; sein Bericht gibt aber mehr ein Zeit- und Stimmungsbild aus den Jahren französischer Besatzung und Verwaltung. Sein unerschrockener Kampf galt der Bewahrung des Rechts, als es zugunsten französischer Interessen gebeugt werden sollte. Daß dieser couragierte Jurist sich durchsetzte, zeigt, daß selbst Napoleons Diktatur noch Achtung empfand für das beherzte Engagement eines integren Richters.

Wie das Volk schließlich selbst mit der französischen Herrschaft zurechtzukommen suchte, zeigt ein rührendes und — obwohl längst publiziertes — fast unbeachtet geliebtes Zeugnis, das einen Hinweis verdient:

Hermann Cardauns/Reiner Müller (Hrsg.): „Die Rheinische Dorfchronik des Joan Peter Delhoven aus Dormagen (1783—1823)“; Eigenverlag der Amtsverwaltung Dormagen 1966; 260 S., 21 Abb., 9,— DM.

Der Ortschronist Delhoven hat Viehkrankheit, Schadenfeuer, Kriegswirren und kommunales Ungemach gleichermaßen treu verzeichnet; ein redliches Chronistengemüt hat hier die Feder geführt. Der Generalprokurator Sethe und der Dorfschreiber Delhoven haben beide auf ihre Weise Zeugnis dafür abgelegt, was es heißt, unter Fremdherrschaft zu leben.

Bonner Außenpolitik

Ende des Junktims

Von Josef Joffe

Deutsche Bücher über deutsche Außenpolitik sind Meterware — nur scheinen viele unter einer ähnlichen Misere zu leiden wie die geteilte Nation selbst. Jahrelang diente die deutsche Außenpolitik als Scheidewasser für Apologeten und Häretiker; sie war viel zu brisant und emotionsgeladener, um als Thema nüchterner Analysen herzuhalten.

Zu den beispielhaften Ausnahmen gehören unter anderem Hans-Peter Schwarz' und Arnulf Barings „Klassiker“ über die Entstehungs- und Frühzeit der westdeutschen Republik. Für die Zeit nach 1955, dem Zäsurjahr der westdeutschen Souveränität und Nato-Eingliederung, ist jetzt mit der beachtenswerten Habilitationsschrift von

Helga Haftendorn: „Abrüstungs- und Entspannungspolitik zwischen Sicherheitsbefriedigung und Friedenssicherung — Zur Außenpolitik der BRD 1955—1973“; Bertelsmann Universitätsverlag, Düsseldorf, 1974; 536 S., 45,— DM

eine wichtige Lücke geschlossen worden. Um es vorwegzunehmen: Mit seinen knapp 2000 Fußnoten auf 370 Seiten Text ist dieses Buch keine flüssige Lektüre; dazu ist das Thema zu diffizil, die Sprache trotz lobenswerter Ausbruchsversuche zu sehr dem akademischen Milieu verpflichtet.

Für „Profis“ wie interessierte Laien ist dieses Buch jedoch ein unentbehrlicher Wegweiser durch knapp zwei Jahrzehnte deutscher und europäischer Sicherheitsdiplomatie. Die „Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln“ mag esoterisch oder langweilig, irrelevant oder abstoßend erscheinen. Aber gerade in Europa und für Deutschland ist Sicherheitspolitik nie ein abstrakt-autonomes Sandkastenspiel für Generalstäbler, sondern vor allem Außen-, Interessen- und Ordnungspolitik *par excellence* gewesen. Das Vokabular hat sich immer wieder kaleidoskopartig verwandelt; doch ob Disengagement, Gewaltverzicht, Atomperrvertrag, europäische Sicherheitskonferenz (KSZE) oder gegenseitiger Truppenabbau, die Elemente wie die diplomatischen Diktate sind die gleichen geblieben.

Diesen Variationen ist die Autorin kapitelweise nachgegangen, um nicht nur die Kontinuität der Grundthemen, sondern vor allem den tonangebenden politischen Unterbau der Sicherheitspolitik bloßzulegen. Was für Bismarck der „Alptraum der Koalitionen“, war für Adenauer und seine Nachfolger die Furcht vor einem neuen „Potsdam“, also vor der Verständigung der Flügelmächte auf Kosten Deutschlands. Demgegenüber standen seit Kriegsende zwei Konstanten der amerikanischen und sowjetischen Politik.

Die eine war die latente Neigung Amerikas, das Risiko eines selbstmörderischen Atomkriegs durch global-strategische Vereinbarungen mit der Sowjetunion einzudämmen. Auf der sowjetischen Seite war Sicherheitspolitik allerdings vorrangig

Ordnungspolitik — ein Mehrzweckvehikel, das je nach Bedarf auf verschiedenen Gleisen eingesetzt werden konnte. In den fünfziger Jahren galt es zum Beispiel, mit Disengagement- und Neutralisierungsplänen von Stalin bis Rapacki die Einbindung der Bundesrepublik in den westlichen Verteidigungsrahmen zu verhindern; in den sechziger und siebziger Jahren bemühte sich Moskau, mit Gewaltverzicht und KSZE die „Nachkriegsrealitäten“ zu ratifizieren.

Die Gefahr für die Bundesrepublik bestand immer darin, daß diese — in Ost und West aus verschiedenen Motiven angetrieben — Räder eines Tages ineinander greifen würden. Nur so kann man Adenauers zwanghafte Abneigung gegen alle Viererkonferenzpläne verstehen. Nur so wird klar, warum zum Beispiel die deutsche Unterschrift unter den an sich wünschenswerten Atomteststoppvertrag von 1963 zum Politikum ersten Ranges in Bonn werden konnte — erschien doch die gemeinsame Unterzeichnung als Hintertreppenaufwertung und -anerkennung der DDR.

Um dieser Verquickung vorzubeugen, hatte die Bundesrepublik ihre Verbündeten 1955 auf das sogenannte „Junktum“ eingeschworen, das, auf eine Kurzformel gebracht, besagte: „Keine Sicherheitsvereinbarungen mit dem Osten ohne Wiedervereinigung Deutschlands.“ In der Praxis wurde das Junktum umgedreht: Solange die Wiedervereinigung irreal blieb, konnte die Bundesrepublik all jene Sicherheits- und Entspannungsanläufe blockieren, die ihr einen „minderen Status“ aufgezwängt oder den „offenen Status quo“ in Europa einzementiert hätten. Das Fazit: Die BRD war damit zum „Schrankenwärter“ der europäischen Evolution geworden.

Dieses Scharnier der deutschen Ost-, West- und Sicherheitspolitik mußte in dem Moment auseinanderbrechen, in dem sich die Westmächte Anfang der sechziger Jahre aufmachten, die gemeinsamen Positionen der fünfziger Jahre in Richtung Osten zu verlassen, ohne Fortschritte in der Deutschlandfrage zu einer Vorbedingung des Spannungsdialoques zu machen. Die Bundesrepublik mußte sich anschließen, wenn sie nicht als einziger in den Gräben des Kalten Krieges sitzenbleiben wollte. Damit war der entscheidende Anstoß für die „neue“ deutsche Ostpolitik gegeben. Für das Verständnis der Ostpolitik ist die Kenntnis der Verschiebungen in ihrem sicherheitspolitischen Rahmenwerk mithin unerlässlich.

Helga Haftendorn hat die Geburtswehen, die Kinderkrankheiten und den andauernden Reife-prozess der deutschen Außen- und Ostpolitik an Hand der Sicherheitsproblematik mit nüchternem Sachverstand nachgezeichnet. Dabei hat sie das gemeinhin vernachlässigte innenpolitische Wechselspiel zwischen Bürokraten, Parteien und Persönlichkeiten ebenso bewältigt wie die vielfachen Verknüpfungen zwischen der deutschen, europäischen und globalen Politik.

Ihre Sicherheit



Nur eine Lebensversicherung garantiert Ihnen sofortigen Versicherungsschutz. Gleichzeitig bilden Sie ein Vermögen. Durch die Gewinnbeteiligung — die Versicherten-Dividende — verdoppelt sich nach dem heutigen Stand der Wert einer Lebensversicherung in rund 30 Jahren. Also Sicherheit für heute und morgen.

Lebensversicherung